

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

E/XXVII/88

9. Mai 1972

Zurück zu Weimar?

Deutsche Demokratie kann sich kein zweites
Scheitern leisten

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für
innardesische Beziehungen

Seite 1 / 49 Zeilen

CDU rammt offene Türen ein

Forderungen für Hochtemperatur-Reaktor-
Entwicklung sind überholt

Von Gerhard Flämig MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 2 und 3 / 60 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Mitbestimmung - schleichende Enteignung

Seite 4 und 5 / 66 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 086 846 / 086 847
086 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Zurück zu Weimar?

Deutsche Demokratie kann sich kein zweites Scheitern leisten

Von Dr. Heinz Kreutzmann MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Das Patt zwischen Regierung und Opposition in Bonn ist eine schwere Belastung der noch recht jungen Pflanze der zweiten deutschen Demokratie. Die Belastung ist um so größer, als diese Situation nicht durch Entscheidung des Wählers, sondern als Produkt des parlamentarischen Dschungelkrieges entstanden ist. Mag einigen der Wanderer zwischen den Fronten echter Gewissensentscheid zugebilligt werden, das Patt kam nur zustande, weil auch rücksichtslos Mittel eingesetzt wurden, die nicht nur ein wenig außerhalb der Legalität waren, sondern handfest gegen sie verstießen. Die Kombination von moralischem und materiellem Druck, die da angewandt wurde, die Pressionen von Organisationen und Verbänden außerhalb des parlamentarischen Raumes sind zwar nicht immer leicht nachzuweisen, wer aber was von den Dingen versteht, weiß, daß sie da waren.

Und nicht nur das: die Bilanz der Agententätigkeit gegen das Auswärtige Amt, die Staatssekretär Frank im Auswärtigen Ausschub des Bundestages vortrug, zeigt, daß organisierte Kräfte am Werke waren, die alles dazu taten, die Autorität dieser Regierung zu untergraben und sie nach innen und außen handlungsunfähig zu machen. Wir wollen nur hoffen, daß es gelingen wird, diese Netze aufzudecken und deutlich zu machen, daß es sich nicht um eine Dolchstoßlegende handelt, sondern daß dieser Dolchstoß öffentlich gemacht werden kann. Diese Dinge sind ja nicht nur auf das Auswärtige Amt beschränkt geblieben. Wir haben es auch in einigen anderen Bundesministerien erlebt, daß Gesetzentwürfe der Regierung, bevor sie ans Parlament gelangten, als Vorlagen der Opposition eingebracht worden sind. Der Verdacht liegt nahe, daß hier abgehalfterte Autoritäten von außen her auf frühere Untergebene Einfluß zu nehmen versuchten und dabei in der Wahl der Mittel nicht gerade wählerisch waren.

Mit Indiskretionen früherer Jahre ist das nicht auf einen Nenner zu bringen. Natürlich hat es sie damals auch gegeben. Aber in dieser organisierten Art und in diesem Umfang bestimmt nicht. Die SPD war auch nie so skrupellos, etwa durch Kurt Schumacher oder Erich Ollenhauer vom damaligen Bundeskanzler Rechenschaft über Papiere zu verlangen, die auf mysteriöse Weise in ihre Hände gekommen waren. Dazu wären sie schon von ihrer charakterlichen Veranlagung her nicht bereit gewesen. Noch weniger hätten sie sich dazu hergegeben, derartige Pamphlete zur Grundlage politischer Agitationen zu machen.

Diese Dinge sind es auch, die Gemeinsamkeiten zwischen Regierung und Opposition so sehr erschweren, die eine Kooperation in gewissen nationalen Interessen nahezu unmöglich machen. Darin liegt auch das größte Hindernis für die Durchführung von Neuwahlen, die das sauberste und der Demokratie am meisten zu Gesicht stehende Mittel zur Lösung der derzeitigen schwierigen Situation sind. Man wird auf die Dauer dennoch um sie nicht herumkommen. Die Bundesrepublik kann sich nicht das Schauspiel dahinsiechender Parlamente leisten, an denen Weimar zugrunde ging.

(-/ex/9.5.1972/ml/ks)

CDU rennt offene Türen ein

Forderungen für Hochtemperatur-Reaktor-Entwicklung sind überholt

von Gerhard Flämig MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat Bonn mit einem Antrag überrascht, der im Regierungslager ungläubiges Staunen und Kopfschütteln hervorgerufen hat: Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet des Hochtemperatur-Reaktors zu fördern.

Leider genügt es nicht, festzustellen, daß dieser Antrag in weiten Passagen offene Türen einrennt und in der Begründung nichts Neues bringt. Der Leser wird sich nämlich fragen, um was es denn eigentlich geht.

Es geht um Atomreaktoren, genauer gesagt, um Kernkraftwerke. Die heute gebräuchlichen Kernkraftwerke werden mit sogenannten Leichtwasser-Reaktoren betrieben. Das kostbare Uran wird darin nur zu einem geringen Hundertsatz ausgenutzt. Deshalb haben sich die Wissenschaftler neue Reaktortypen ausgedacht.

Der bekanntere Zukunftstyp ist der oft zitierte "Schnelle Brüter", ein Kernreaktor, der die spaltbaren Kernbrennstoffe wesentlich besser ausnützt und überdies noch verwertbares Plutonium erzeugt. Die zweite Alternative zum Leichtwasser-Reaktor ist der "Hochtemperatur-Reaktor". Er wird mit Graphit moderiert und weder mit Wasser noch mit flüssigem Metall sondern mit Gas gekühlt. Wenn es gelänge, dieses Kühlgas direkt auf Gasturbinen zu leiten, entfielen das Kühlwasser, dessen Aufheizung unseren Umweltschützern soviel Kopfzerbrechen bereitet. Ein weiterer Vorteil des Hochtemperatur-Reaktors besteht darin, wie der Name schon sagt, daß er weit höhere Kühlmitteltemperaturen erzeugt als der Leichtwasser-Reaktor oder der "Schnelle Brüter". Die gängigen Leicht-

wasser-Kernkraftwerke treiben ihre Turbinen mit Satttdampf um 350⁰ Celsius, während Kohle- und Öl-Kraftwerke längst ihre Turbinen mit Heißdampf antreiben und damit eine bessere Ausnutzung erzielen. Das heiße Kühlgas von Hochtemperatur-Reaktoren (man spricht von 850⁰ Celsius und mehr) würde sich nicht nur für Gasturbinen, sondern auch als sogenannte Prozeßwärme für alle möglichen chemischen Reaktionen in der Industrie eignen.

Das alles ist nichts Neues. Im Bundeshaushalt sind allein seit 1970 rund 170 Millionen für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet des Hochtemperatur-Reaktors ausgewiesen. Bei Schmehausen wird ein 300-Megawatt-Prototyp dieses Kraftwerks errichtet, nachdem in Jülich schon mehrere Jahre ein Hochtemperatur-Reaktor, System Professor Schulten, betrieben mit kugelförmigen Brennelementen, mit recht zufriedenstellendem technischen Ergebnis läuft.

Entscheidend sind für den Bundestag nicht die technischen Details, sondern die Wirtschaftlichkeit. Für den Steuerzahler, der die Förderung von Kernkraftwerken mit seinem Obulus indirekt mitfinanziert, geht es um andere Fragen: Braucht man Kernkraftwerke, um die natürlichen Energiequellen der Erde zu schonen? Ist es möglich, Kernkraftwerke zu bauen, die für die Umgebung relativ sicher und die umweltfreundlich sind? Welcher Reaktortyp ist der wirtschaftlichste? Der Verbraucher hat letztlich ja nur an einem Interesse, nämlich seine Kilowattstunde Strom so preiswert wie möglich ins Haus geliefert zu bekommen.

Diese Fragen haben sich die zuständigen Fachleute vor mehr als 15 Jahren schon gestellt. Die Antworten sind so ausgefallen, daß sich der Gesetzgeber bereit fand, alle drei Reaktortypen zu fördern und überdies noch die Forschung auf dem Gebiet von Kernfusionsreaktoren zu ermöglichen. Des Nasenstübers der Opposition hätte es also nicht bedurft, wenngleich es auch nichts schadet, wenn sich das Parlament von Zeit zu Zeit auch einmal mit Fragen der Technologie befaßt. Der Bundeshaushalt weist immerhin für diesen Zweck alljährlich Milliarden-Beträge aus. (-/ex/9.5.1972/xs)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Mitbestimmung - schleichende Enteignung

Die Angst vor der Demokratisierung der Arbeitswelt und vor dem Abbau von Arbeitgeberprivilegien treibt seltsame Blüten. Weil das Katholische Werkvolk der Diözese Rottenburg das Modell eines die Mitbestimmung umschließenden 'laboristischen Systems' ausgearbeitet hat, muß es sich jetzt von der Zeitschrift 'Der Arbeitgeber', dem Organ der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, als Schrittmacher des Marxismus einstufen lassen.

"Es ist schon ein Gemeinplatz, daß die paritätische Mitbestimmung für die Ideologen der Mitbestimmung nur eine Durchgangsstation ist. Der Sozialismus - gleich welcher Spielart - erlaubt nicht, dabei stehen zu bleiben. Die Parität muß eines Tages in 'eine neue Qualität' umschlagen: In die Übermacht der Arbeit(erklasse)! Wie diese auszusehen hätte, wie sie weiterzuentwickeln wäre, wie das Eigentum an Produktionsmitteln zu 'überwinden' bzw. zu liquidieren wäre, darüber ist man sich durchaus nicht einig. Aber, daß sie stattzufinden hat und daß man, nach der Parität, dorthin gelangen muß, ist allen ein Axiom, auch wenn man sich jetzt noch einige Zurückhaltung auferlegt. So wird die Mitbestimmung zu einer Chiffre für Enteignung.

Dies wird durch ein Beispiel illustriert, mit dem vor kurzem das Katholische Werkvolk in der Diözese Rottenburg aufwartete. Es handelt sich dabei um das 'Modell' einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die man - lücker Sprachregelungszwang sich beugend - mit dem Etikett 'Utopie' bezeichnet hat. Mehr noch: Es wird für eine 'Real-Utopie' gehalten, weil man es zwar gegenwärtig noch nicht verwirklichen könne, es aber gleichwohl anzustreben sei. (Auf eine dümmere Formel kann die Unnatur dieses Phantasieunternehmens nicht gebracht werden.)

Das 'Modell' geht von einem uminterpretierten Konzilswort aus. Danach soll die 'Arbeit' Vorrang vor allen anderen Wirtschaftsfaktoren haben. Also ist - und hier beginnt die erste logische Erschleichung - das zu entwerten, was im Gegensatz zur 'Arbeit' steht: Das 'Kapital' und dessen Vertreter, die Unter-

nehmer. Das gegenwärtige Verhältnis von 'Arbeit' und 'Kapital' ist umzukehren. Denn: Gegenwärtig übt der Kapitaleigner über den Arbeitnehmer ungerechtfertigte 'Herrschaft' dadurch aus, weil der Arbeitnehmer das Kapital zur Arbeit und damit zum Leben braucht. Bei Licht besehen sei aber der Arbeitgeber Arbeitnehmer: Vom Arbeitnehmer erhalte er ja die Arbeit.

Mit Hilfe dieser Begriffsvertauschung wird von den schwäbischen Werkvolkleuten ein 'laboristisches System' konstruiert. Die Arbeiter haben danach die Leitung des Unternehmens durch einen von ihnen gewählten Unternehmensrat selbst in die Hand zu nehmen, der die Betriebsleitung zu berufen und zu kontrollieren hat. Neben ihm fungiert ein (beratender) Verwaltungsrat, der zu je einem Drittel vom Unternehmensrat, von der Belegschaft, von der öffentlichen Hand und den Gewerkschaften besetzt wird. Die Kapitaleigner sollen lediglich Zinsen erhalten. Da es keine Arbeitgeber mehr geben soll und die Gewerkschaften nicht mit sich selbst bzw. ihren Mitgliedern verhandeln können, muß der Staat als Sozialpartner einspringen: Mit ihm sollen die Gewerkschaften einen Mindestlohn vereinbaren.

Das Katholische Werkvolk geniert sich, diese 'Real-Utopie' sozialistisch zu nennen. Das wäre sie angeblich erst dann, wenn alle privaten Produktionsmittel zugunsten des Staates enteignet werden. Was die 'laboristische' Spielerei den Kapitaleignern noch läßt, ist jedoch schwerlich Eigentum zu nennen. Im Grunde genommen gehört ihnen das 'Kapital' nicht mehr. Die Enteignung fände hier nur langsamer statt als im Sozialismus. Gelernte Marxisten werden nichts dagegen haben, wenn die katholischen Arbeitnehmer ihre 'Real-Utopie' weiterhin anstreben. Das dialektisch-antagonistische Denken des Marxisten landet bei derselben Ausgangsformel wie die Bauklötzchen-Ontologie des Katholischen Werkvolkes, die 'Kapital' und 'Arbeit' zu selbständigen Entitäten aufbläst und nach einem dunklen Naturprinzip zu bewerten versucht."

Dr. Eberhard Klump
(-/ex/9.5.1972/ks)

(Zitiert aus "Der Arbeitgeber"/Organ der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände/ Nr. 5/24 - 1972)